Stadt Adliswil

Grosser Gemeinderat

Zürichstrasse 12, 8134 Adliswil, Telefon 044 711 77 87

www.adliswil.ch

Protokoll des Grossen Gemeinderates

24. Sitzung vom 5. April 2017, 19.30 – 21.45 Uhr, Legislatur 2014 – 2018

Aula Schulhaus Hofern

Anwesend	Heinz Melliger	Ratspräsident
	Sait Acar	Erwin Lauper
	Vera Bach	Wolfgang Liedtke
	Harry Baldegger	Davide Loss
	Markus Bürgi	Carmen Marty Fässler
	Hanspeter Clesle	Daniela Morf
	Bernie Corrodi	Fredi Morf
	Pascal Engel	Kannathasan Muthuthamby
	Xhelajdin Etemi	Andrea Näf
	Thomas Fässler	Marianne Oswald
	Daniel Frei	Simon Pfenninger
	Simone Huber	Daniel Schneider
	Thomas Iseli	Mario Senn
	Renato Jacomet	Marietta Werder
	Daniel Jud	Walter Uebersax
	Heidi Jucker	Urs Weyermann
	Martin Koller	Anke Würli-Zwanziger
	Urs Künzler	
Abwesend	Hedwig Habersaat	Mario Salomon
Präsenz Stadtrat	Harald Huber	Präsidiales
	Raphael Egli	Bildung
	Farid Zeroual	Finanzen
	Renato Günthardt	Soziales

Felix Keller
Susy Senn
Patrick Stutz

Bau und Planung
Sicherheit und Gesundheit
Werkbetriebe

Abwesend

-/-

Stadtschreiberin

Andrea Bertolosi-Lehr

Traktanden

- 1. Mitteilungen**
- 2. Fragestunde**
- 3. Ersatzwahl eines Mitgliedes in die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2014 - 2018**
- 4. Wilacker, Projektgenehmigung und Realisierungskredit**
(SRB 2016-339)
Antrag des Stadtrates und gleichlautender Antrag der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen seitens des Gemeinderates zwei Entschuldigungen vor. Es sind somit 34 Ratsmitglieder anwesend.

1.2 Ton und Bildaufnahmen

Art. 36 Abs. 3 GeschO GGR hält für die akkreditierten Medienschaffenden folgendes fest: „Ton und Bildaufnahmen im Ratssaal und auf der Tribüne sind zulässig, soweit sie den Ratsbetrieb nicht stören. Der Präsident, die Präsidentin kann Einschränkungen anordnen.“

Während der Dauer des Wahlverfahrens ordne ich im Ratssaal und auf der Tribüne ein Foto- und Filmverbot an, um das Wahlgeheimnis sicherzustellen. Betrifft das Traktandum 3. Besten Dank für die Kenntnisnahme und Einhaltung.

1.3 Zuweisung von neuen Geschäften an eine parlamentarische Kommission

Das Geschäft SRB 2017-59; „Kopfholz, Erweiterungsbau; Kreditabrechnung“ wurde zur Vorberatung an die RGPK überwiesen.

Das Geschäft SRB 2017-71; „Jahresrechnung und Bericht 2016“ wurde zur Vorberatung ebenfalls der RGPK überwiesen.

1.4 Mitteilungen aus dem Stadtrat

Stadträtin Susy Senn zum Thema Kriminalstatistik 2016

Die Kantonspolizei gibt jedes Jahr im Frühling die Zahlen zur Entwicklung der Kriminalität bekannt – die Kriminalstatistik. Und wie jedes Jahr bekommen Sie von mir einen Einblick in die statistischen Zahlen für die Stadt Adliswil. Im ganzen Kanton Zürich sind die Verstösse gegen das Strafgesetzbuch (StGB) in den letzten Jahren insgesamt konstant rückläufig gewesen. Dieser Trend hat sich erfreulicherweise auch im 2016 (- 5,1%) fortgesetzt. Im Kanton Zürich werden damit die tiefsten Werte seit Einführung der Kriminalstatistik 1980 erreicht.

Nach einer minimalen Zunahme im Jahr 2015 hat die Anzahl von erfassten Straftaten in Adliswil im Jahr 2016 markant um 9,9% abgenommen. Mit 782 gemeldeten Delikten ist der tiefste gemessene Wert erreicht worden. Speziell die Vermögensdelikte, die mit 443 Straftaten noch immer den Hauptteil aller Delikte ausmachen und massgeblich für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung verantwortlich sind, verzeichnen erneut einen massiven Rückgang um 106 Fälle oder fast 20% gegenüber dem Vorjahr. Betrachtet man den Zeitraum der letzten fünf Jahre ist bemerkenswert, dass die Zahl der Vermögensdelikte sich seit 2012 von 764 auf 443 oder um rund 42% verringert hat. Tiefstwerte sind auch bei den Einbruchdiebstählen (-12,4%), bei den Fahrzeugdiebstählen (-31%) und bei den Sachbeschädigungen (-13,9%) verzeichnet worden. Zugenommen haben leider einzig die Straf-

taten gegen Leib und Leben, nämlich von 25 auf 42 Fälle, das sind +68%. Dabei fällt vor allem der Anstieg von minderschwerer Gewalt in Form von Tötlichkeiten ins Gewicht, der wie im ganzen Kanton Zürich, auf eine Zunahme von entsprechenden Strafanzeigen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt zurückzuführen ist. Es stellt sich die Frage, ob jetzt tatsächlich so viel mehr Delikte verübt worden sind, oder ob inzwischen endlich mehr häusliche Gewaltdelikte zur Anzeige gelangen.

Die Entwicklung ist insgesamt erfreulich und zeigt, dass die vielschichtigen polizeilichen Strategien mit Präventionskampagnen, Schwerpunktaktionen mit hohem Personaleinsatz, Kriminalanalysetools zur Disposition uniformierter und ziviler Polizeieinsätze, Spezialtrainings zur Erkennung von deliktischem Verhalten und konsequente Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen ihre Wirkung nicht verfehlt. Wir hoffen, dieser Trend setzt sich fort. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

1.5 Mitteilungen aus dem Gemeinderat

Daniela Morf (SVP) – Dankeschön an Gartenbau der Stadt Adliswil

Gerne möchte ich für einmal ein Kompliment aussprechen. Ich finde Adliswil zurzeit besonders attraktiv mit all den Frühlingsblumen an den Strassenrändern. Es macht richtig Freude! Ein grosser Dank an die Gärtner unserer Stadt!

2. Fragestunde

2.1 Schriftliche Fragen

Harry Baldegger (FW) zum Thema „Landwirtschaftsbetrieb Weierweid“

Der Pachtvertrag des Landwirtschaftsbetriebes Weierweid wurde ja bekanntlich gekündigt. Der Hof sieht momentan verlassen und ungenutzt aus. Ich bitte um die Beantwortung der folgenden Fragen.

- Wer bewirtschaftet momentan die zum Betrieb gehörenden Landwirtschaftsflächen?
- Wird der Hof wieder verpachtet? Wenn ja, welche Auflagen und Kriterien hat der neue Pächter zu erfüllen?
- Wie hoch sind die Kosten für die Stadt Adliswil, welche aus der Pachtvertragsauflösung entstanden sind?

Antwort von Stadtrat Patrick Stutz

Das Wort Pachtvertragsauflösung ist nicht ganz korrekt. Nach mehreren Gesprächen und Ermahnungen mussten wir den Pachtvertrag aufheben und zwar darum, weil die Auflagen der Bewirtschaftung des Landes und somit die Vertragsbedingungen nicht eingehalten wurden.

- Wer bewirtschaftet momentan die zum Betrieb gehörenden Landwirtschaftsflächen?

Die Landwirtschaftsflächen wurden auf vier verschiedene Bauern aufgeteilt, welche diese in Form der Gebrauchsleihe nutzen. Dabei handelt es sich um Markus Schärer mit kleinen Rindern, Alex Rellstab mit Schafen, Hans Vogler mit Schafen und kleinen Rindern und Marcel Lusti ebenfalls mit kleinen Rindern. Warum Gebrauchsleihe und nicht Pacht? Bei der Pacht gibt es eine Mindestdauer, welche eingehalten werden muss. Ein Pachtvertrag über ein oder zwei Jahre ist nicht möglich. Die Gebrauchsleihe kann man hingegen entsprechend befristen.

- Wird der Hof wieder verpachtet? Wenn ja, welche Auflagen und Kriterien hat der neue Pächter zu erfüllen?

Ja, der Hof soll wieder im Baurecht abgegeben werden und das Land in Pacht. Geplant ist, dass wir bis im Herbst einen neuen Pächter gefunden haben, der ab März 2018 übernimmt. Auf unsere Ausschreibung sind insgesamt neun Bewerbungen eingegangen, davon kamen vier in die engere Auswahl und drei arbeiten zurzeit ein Detailkonzept aus. Die Kriterien beinhalten u.a. den Kauf der Baurechtsparzelle, die Verpflichtung entsprechende Investitionen zu tätigen und die Einhaltung der Richtlinien von Bio-Suisse. Weiter wird eine überdurchschnittliche Teilnahme an Biodiversitätsförderungsprogrammen erwünscht und eine entsprechende Vernetzung in Bezug auf die regionalen Landschaftsqualitätsprojekte. Weiter: die Teilnahme an Tierwohlprogrammen und die Bewirtschaftung des Hofes mit wenig Lärm und Geruch. Dies in Rücksichtnahme auf die umliegende Wohnbevölkerung. Ebenso wird die Zusammenarbeit mit dem Forstbetrieb, im Zusammenhang mit der Nutzung der stadteigenen Naturschutzfläche, vorausgesetzt. Das ist nur ein Teil des Kriterienkataloges, welcher ausgearbeitet wurde.

- Wie hoch sind die Kosten für die Stadt Adliswil, welche aus der Pachtvertragsauflösung entstanden sind?

Für zwei Jahre fällt die Pacht von je CHF 5'950 pro Jahr aus. Dazu kommen Kosten für die Ablösung (Ausschreibung, Ausarbeitung der Vorlage etc.) im Betrag von rund CHF 23'000. Im Rahmen des Rückkaufs des Baurechtsvertrages wurden CHF 70'000 weniger bezahlt als beim Verkauf. Beim Rückkaufspreis haben wir weitere CHF 50'000 für Sicherheiten, Reparaturen und Herstellungsarbeiten zurückbehalten. Damit konnte dieser Aufwand entsprechend abgedeckt werden. Schlussendlich fallen CHF 23'000 und zweimal CHF 5'950 an.

Erwin Lauper (SVP) zum Thema „Motorradparkplätze“

Adliswil hat ein Motorradproblem. Unsere Damen und Herren der Abteilung Sicherheit müssen tagtäglich einen Hindernisparcours um die herumstehenden Motorräder gehen und dies auch in den entlegensten Strassen. Nur so kann ich mir erklären, dass auf einmal überall Parkplätze für Motorräder eingezeichnet werden müssen. Ich weiss, dass es nach dem Gesetz verboten ist, Motorräder auf dem Trottoir abzustellen. Aber man darf sie auch nicht auf die Parkplätze für Autos stellen. Wie handhaben andere Kantone dieses Thema? Die meisten, ausser Bern, sehen grosszügig darüber hinweg, wenn die Gehfläche für die Fussgänger mehr als 1,50 Meter beträgt und sonst keine nennenswerte Behinderung darstellt. Sie wissen aber auch, dass sie sich in einer Grauzone des Gesetzes bewegen.

Seit der Ausschreibung bin ich mehrere Male in der Stadt herumgefahren und habe fehlbare Lenker gesucht. Zwei, drei Motorräder habe ich gefunden und alle im Umkreis der Migros. Hier und allenfalls auch bei den Sportanlagen sind Parkplätze für Motorräder sinnvoll, an der Bünistrasse oder der Glärnischstrasse jedoch nicht.

Darum meine drei Fragen:

- Motorradparkplätze wozu? Stehen in Adliswil so viele Motorräder auf öffentlichem Grund?
- Was passiert in Zukunft mit den Motorrädern, die nicht in den markierten Parkplätzen stehen?
- Was kostet die ganze Aktion den Adliswiler Steuerzahler, die in meinen Augen nicht notwendig ist?

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Antwort von Stadträtin Susy Senn

Bei der Beantwortung Deiner ersten Frage waren wir nicht ganz sicher, wie diese gemeint war. Wir gingen von der folgenden Fragestellung aus.

- Für was stehen in Adliswil so viele Motorrad-Parkplätze auf öffentlichem Grund?

Motorräder werden in den gleichen Situationen auf öffentlichem Grund abgestellt, wie dies bei anderen Fahrzeugen, meistens Personenwagen, der Fall ist: Entweder fehlt am Wohnort des Fahrzeughalters ein Abstellplatz auf Privatgrund oder die Fahrzeughalterin oder der Fahrzeughalter ist unterwegs im Verkehr mit lokalem Gewerbe oder anderen Erledigungen.

Heute ist das ordnungsgemässe Parkieren von Motorrädern auf öffentlichem Grund aber praktisch nicht möglich, weil das Trottoir grundsätzlich den Fussgängerinnen und Fussgängern vorbehalten ist. Einzige Ausnahme bilden hier Velos, die auf dem Trottoir abgestellt werden dürfen, sofern ein mindestens 1,50 Meter breiter freier Raum bleibt. Und auch auf Parkplätzen für Personenwagen dürfen keine Motorräder abgestellt werden. Fast notgedrungen werden Motorräder daher immer wieder widerrechtlich abgestellt, was spätestens dann geahndet werden muss, wenn ein Passant oder Anwohner Anzeige erstattet. Gerade im Zentrum an der Albisstrasse, aber auch z.B. in der Nähe von Schulhäusern ist es aus Gründen der Verkehrssicherheit wichtig, das Abstellen von Motorrädern nicht einfach zu dulden, sondern zu regeln. Falsch abgestellte Motorräder können schnell sichtbehindernd und darum eine Gefahr für Kinder sein.

- Was passiert in der Zukunft mit den Motorrädern, die nicht in den eingezeichneten Parkplätzen stehen?

Bei abgestellten Motorrädern ist in Anbetracht von fehlenden Alternativen bisher Zurückhaltung bei der Ahndung von entsprechenden Verkehrsregelverletzungen geübt worden. Auch zukünftig sollen keine gezielten Aktionen gestartet werden. An der gesetzlichen Grundlage hat sich dabei aber nichts geändert und ein angezeigtes falsch abgestelltes Fahrzeug muss wie bisher überprüft und geahndet werden. Und selbstverständlich werden in unmittelbarer Nähe von vorhandenen Motorradparkplätzen abgestellte Fahrzeuge ebenfalls nicht toleriert. Alles andere wäre Willkür!

- Was kostet die ganze Aktion, die in meinen Augen wirklich nicht nötig ist, den Steuerzahler?

Die Kosten betragen knapp 7'500 Franken für Markierungsarbeiten, die durch die Abteilung Unterhalt, Tiefbau ausgeführt worden sind. Ob diese vom Ressort Si-

cherheit und Gesundheit gut gemeinte Aktion nötig gewesen ist oder nicht, ist Ansichtssache. Nur so viel dazu: Die neu geschaffenen Parkplätze sind auf Wunsch von Motorradfahrern geschaffen worden und sollen es diesen erlauben, sich gesetzeskonform zu verhalten.

Bernie Corrodi (FW) zum Thema „Standortmarketing in Adliswil“

Die Standortmarketing Organisation Greater Zurich Area konnte 2016 mehr Firmen neu ansiedeln als in den Vorjahren. In Adliswil sind grössere Firmen weggezogen, bzw. befinden sich auf dem Weg dazu. Adliswil hat verschiedene Baustellen, welche durch Abbrüche und Neubauten zumindest kurzzeitig Gewerbe vertreiben (Beispiele dazu sind die Areale Druckerei Zollinger, Blatti etc.). Diese Liegenschaften bieten hinterher wieder Gewerberäume an. Im Weiteren sind Projekte in Planung, welche Gewerbeflächen beinhalten, wie etwa das Stadthausareal. Adliswil hat viele Trümpfe wie Autobahnanbindung, moderater Steuerfuss, Wohnflächen in der Stadt und Grossregion, gutes Schulangebot, ein attraktives Sihltal mit Naherholungsmöglichkeiten usw. Adliswil ist also ein attraktiver Standort.

- Was macht die Stadt konkret im Bereich Standortmarketing?
- Wie viel gibt die Stadt jährlich für diese Aufgabe aus?
- Will der Stadtrat seine diesbezüglichen Bemühungen verstärken?

Antwort von Stadtpräsident Harald Huber

Standortmarketing im Sinne der Ansiedlung neuer Firmen kann mit Erfolg nicht auf kommunaler Ebene betrieben werden. Um nationale oder gar internationale Aufmerksamkeit zu erreichen, braucht es grössere Organisationen wie beispielsweise Greater Zurich Area, welche über eine viel grössere Schatulle verfügen.

Unser Budget für Standortmarketing von CHF 28'100 lässt nur wenige Aktivitäten zu. Wir unterstützen mit CHF 18'400 die Arbeiten der Standortförderung Zürich Park Side (Zimmerberg-Sihltal), bei der wir Mitglied sind. Details zum Wirkungskreis der Standortförderung Zimmerberg - Sihltal sind auf der entsprechenden Website zu finden. Wir erhalten ab und zu Anfragen über diesen Kanal. Bisher konnten wir meines Wissens so keine Ansiedlung vornehmen, da die Anfragen meistens Werkgebäude von einer Grösse betrafen, die wir nicht bieten können. Adliswil besitzt dazu auch kein geeignetes Reserveland. Bei Projekten, auf die wir Einfluss haben, verlangen wir, dass die privaten Eigentümer in ihren Gestaltungsplänen Gewerbeanteile vorsehen. So zum Beispiel im Dietlimoos-Moos. Beim Stadthausareal haben wir sogar konkrete Vorgaben für den Investorenwettbewerb zusammen mit der Bevölkerung erarbeitet (Hotel, Aerztehaus, Generationenhaus). Leider wird dieses zukunftsweisende und attraktive Projekt durch Rechtsmittel verzögert. Solche Verzögerungen behindern die Entwicklung und können bei Investoren Verunsicherung auslösen. Zudem zeigt sich, dass private Firmen, die einen Standort im Sihltal suchen, mit professioneller Unterstützung mögliche Liegenschaften- und Landbesitzer direkt ansprechen. Grosse Liegenschaftenbesitzer (z.B. ehemalige Swiss Re Gebäude) organisieren die Vermarktung ihrer Liegenschaften selber. Selbstverständlich ist die Stadt im Fall der Swiss Re seit Monaten im Kontakt mit dem neuen Eigentümer, um allenfalls unterstützend tätig zu sein.

Es sieht nun fast so aus, als sei Deine Frage wahltechnisch zugunsten des aktuellen Stadtrates manipuliert. Gerade am letzten Freitag hatten Farid Zeroual und ich

ein Treffen mit jener Firma, die nun beginnt, die Räume der Swiss Re aktiv zu vermarkten. Dabei haben wir mit dieser Firma alle Vorteile unseres Standorts im Detail diskutiert und ihr die nächsten Entwicklungen in unserer Stadt aufgezeigt. (Gebietsentwicklung Zentrum Sood, SZU-Pläne usw.)

Zur grossen Hauptsache kümmern wir uns deshalb im Rahmen unserer Standort-Marketingarbeiten um die heute hier ansässigen Firmen. Wir berücksichtigen sie, wenn immer möglich bei Ausschreibungen. Wir helfen aktiv mit, ihnen Plattformen zu schaffen, auf denen sie auf sich aufmerksam machen könnten. Solche publikumswirksamen Anlässe kennen wir alle (Albisstrassenfest, Weihnachtsmarkt). Wir haben enge Kontakte und offene Ohren für alle Unternehmen in Adliswil. So war z.B. der gesamte Stadtrat an der GV des HGVA präsent. Wir organisieren einen Good-Morning-Talk, um Unternehmen in Adliswil zu vernetzen.

Markus Bürgi (FDP) zum Thema „Sanierung Zürichstrasse“

Die Sanierung der Zürichstrasse war bereits an der Mai- sowie November-Sitzung 2016 des Grossen Gemeinderates ein Thema. Dabei wurde seitens der FDP-EVP-Fraktion grundsätzlich die Verhältnismässigkeit des Projekts hinterfragt. Grund zum Anstoss gaben insbesondere der geplante Ampel-Dschungel im 24/7-Betrieb sowie die Knoten Sunnau und Moos. Nähere Details dazu können auch unserer Fraktionserklärung bzw. dem Protokoll der Ratssitzung vom 2. November 2016 entnommen werden. Zudem stehen gemäss unseren Informationen zahlreiche Anwohner dem Sanierungsprojekt sehr negativ gegenüber und versuchen teils bereits mit anwaltlicher Unterstützung dagegen vorzugehen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Konnten die seitens der FDP-EVP-Fraktion gestellten Forderungen sowie die Kritik der Anwohner inzwischen durch den Stadtrat auf kantonaler Ebene eingebracht bzw. durchgesetzt werden und wurde das Projekt entsprechend angepasst?
- Gemäss der Informationsveranstaltung des kantonalen Tiefbauamtes vom 13. April 2016 hätte im Herbst des Jahres 2016 die öffentliche Auflage gemäss § 16 sowie das Einspracheverfahren gemäss § 17 des Strassengesetzes durchgeführt werden sollen. War dies der Fall?

Falls nein: Wie ist die Verzögerung begründet und kann der Stadtrat über den aktuellen Zeitplan zur Sanierung der Zürichstrasse informieren? Wann wird insbesondere die allfällige Festsetzung durch den Regierungsrat erwartet?

Antwort von Stadtrat Patrick Stutz

Seitens des Stadtrates nehmen wir die Bedenken des Grossen Gemeinderates, der FDP-EVP-Fraktion aber auch von Bewohnern und Bewohnerinnen sehr ernst. Im Rahmen eines Strassenprojektes ist es besonders anspruchsvoll, allen Beteiligten gerecht zu werden. Ich verweise hier auf die Fragen an der Ratssitzung vom 8. März 2017 zur Tempo-30-Zone an der Grütstrasse. Auch dort waren die Bedürfnisse der einzelnen Beteiligten völlig unterschiedlich.

- Konnten die seitens der FDP-EVP-Fraktion gestellten Forderungen sowie die Kritik der Anwohner inzwischen durch den Stadtrat auf kantonaler Ebene ein-

gebracht bzw. durchgesetzt werden und wurde das Projekt entsprechend angepasst?

Die Forderungen sowie die Kritikpunkte der Anwohner wurden an der Informationsveranstaltung im Frühjahr 2016 aufgenommen. Es gab Einigungsverhandlungen mit der Anwohnerschaft und deren Anwälten (primär ging es um den Sunnau-Knoten, weil dort Landenteignungen notwendig gewesen wären, damit die Bewohner überhaupt Zugang zu ihren Grundstücken erhalten hätten). Geprüft wurde im Speziellen die Verschiebung des Knotens im Hinblick auf die Erschliessung des Gebietes Sunnau. Nun sieht es so aus, dass bei der Planungsaufgabe der Sunnau-Knoten wegfällt, weil bis heute nicht klar ist, was auf der Sunnau-Seite gebaut werden soll.

- Gemäss der Informationsveranstaltung des kantonalen Tiefbauamtes vom 13. April 2016 hätte im Herbst des Jahres 2016 die öffentliche Auflage gemäss § 16 sowie das Einspracheverfahren gemäss § 17 des Strassengesetzes durchgeführt werden sollen. War dies der Fall?

Falls nein: Wie ist die Verzögerung begründet und kann der Stadtrat über den aktuellen Zeitplan zur Sanierung der Zürichstrasse informieren? Wann wird insbesondere die allfällige Festsetzung durch den Regierungsrat erwartet?

Die Auflage nach den §§ 16 und 17 des Strassengesetzes ist noch nicht erfolgt. Gemäss Kanton Zürich sollte dies am 5. Mai 2017 der Fall sein. Die Begründung der Verzögerung seitens des Kantons Zürich waren die Gespräche mit der Anwohnerschaft, Baugrunduntersuchungen, Messungen des Strassenkörpers und Arbeiten, die für die Kostensicherheit des Voranschlags durchgeführt wurden. Wann die genaue Festsetzung des Regierungsrates erfolgt, wissen wir nicht. Sie ist abhängig von den Einsprachen. Wir gehen davon aus, dass wir frühestens im Jahr 2019 mit der Sanierung der Zürichstrasse starten können.

Markus Bürgi (FDP)

Wie steht es um unsere Forderung der Ampelanlage im Knoten Tüfi und Grüt?

Antwort von Stadtrat Patrick Stutz

Wie bereits an der Informationsveranstaltung im Frühjahr 2016 erwähnt, sind wir immer noch der Meinung, dass diese Ampelanlagen notwendig sind. Sie werden sicherlich nicht in einem 24/7-Betrieb laufen, sondern sollten in der Nacht auf gelb umgeschaltet werden und nur in den Hauptverkehrszeiten auf einen rot/grün-Betrieb wechseln. Wenn man aber sieht, wie sich der Verkehr in der Hauptverkehrszeit im Zentrum von Adliswil staut, ist es notwendig, dass man den Verkehr dosiert. Dosieren kann man nur bei den Einfallsachsen und eine davon ist die Tüfi.

Wolfgang Liedtke (SP) zum Thema „Termine für Gemeindewahlen in Adliswil im Jahr 2018“

Im kommenden Jahr sollen Gemeindewahlen stattfinden. Bisher sind die Wahltermine aber noch nicht endgültig festgelegt. Damit wird die Zeitspanne bis zu den Wahlterminen immer kürzer.

- Wie gedenkt der Stadtrat in dieser Situation zu verfahren, damit alle politischen Parteien so früh wie möglich zu den benötigten Informationen, insbesondere zur Information über den Adliswiler Wahltermin, kommen?

Antwort von Stadtpräsident Harald Huber

Zeitlich sind wir derzeit ähnlich unterwegs wie 2013. Nur haben wir dieses Jahr noch einige spezielle Themen zusätzlich zu regeln.

Wahl und Amtsantritt verschiedener Behörden sind im Kanton Zürich noch nicht ideal aufeinander abgestimmt. So treten die Stadträte und Schulpflegen ihr Amt trotz möglicher personeller Verflechtungen zu verschiedenen Zeiten an und die Teilnahme der neuen Ständeräte an den Bundesratswahlen ist häufig unsicher.

Nach durchgeführter Vernehmlassung legt der Regierungsrat dem Kantonsrat darum eine Gesetzesvorlage zur Behebung dieser Schwierigkeiten vor. In einer ersten Etappe vereinheitlicht er u.a. den Zeitpunkt des Amtsantritts der Gemeindevorstände und Schulpflegen und zwar mit dem Ziel, diese auf die nächsten Erneuerungswahlen auf kommunaler Ebene im Jahr 2018 zur Anwendung zu bringen.

Die Direktion der Justiz und des Innern eröffnete Ende Juni 2016 das Vernehmlassungsverfahren zu dieser Gesetzesvorlage. Hinsichtlich der Koordination der Wahlen und Amtsantritte auf Gemeindeebene sah die Vernehmlassungsvorlage vor, dass Gemeindevorstand und Schulpflege künftig ihr Amt auf den 1. Juli antreten sollen. Die Idee eines einheitlichen Amtsantritts ist grossmehrheitlich auf positives Echo gestossen. Jedoch wurde der Vorschlag gemacht, dass jede Gemeinde den Zeitpunkt des gemeinsamen Amtsantritts selbst festlegen soll. Seitens des GPV und der meisten Gemeinden wurde demgegenüber ein kantonal einheitlicher Amtsantritt im Sinne der Vernehmlassungsvorlage auf den 1. Juli begrüsst. Die Argumentation, dass die Festlegung des einheitlichen Amtsbeginns den Gemeinden zu überlassen sei, wurde als nachvollziehbar erachtet und deren Lösungsansatz daher in die Gesetzesvorlage übernommen.

Der Stadtpräsident und der Schulpräsident haben gestern Abend dem Stadtrat vorgeschlagen, den 1. Juli als einheitlichen Amtsbeginn für die Stadt Adliswil vorzusehen. Die Schulpflege hat diesem Vorschlag am 23. März 2017 zugestimmt. Die Erneuerungswahlen sollen im Lichte dieses neuen Amtsbeginns deshalb auf den 15. April 2018 und 10. Juni 2018 festgesetzt werden. Der Stadtrat hat diesen Terminen in einem Umfragegeschäft gestern zugestimmt. Der entsprechende SRB dazu wird an der Sitzung vom 11. April 2017 definitiv gefasst.

Wolfgang Liedtke (SP) zum Thema „Sonntagsverkäufe in Adliswil im Jahr 2017“

Der 24. Dezember fällt in diesem Jahr auf einen Sonntag. Dies nährt bei vielen Beschäftigten im Detailhandel die Befürchtung, dass dieser Tag zu einem verkaufsoffenen Sonntag wird. Dies würde für die Beschäftigten eine zusätzliche Belastung am Ende des anstrengenden vorweihnachtlichen Geschäftes bedeuten, welche dem Handel aber wohl kaum zusätzlichen Umsatz bringen würde. Dazu habe ich zwei Fragen:

- Ist es beabsichtigt oder gibt es Überlegungen, den 24. Dezember 2017 in Adliswil zu einem verkaufsoffenen Sonntag zu machen?
- Welche verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage sind für das Jahr 2017 vorgesehen?

Antwort von Stadträtin Susy Senn

- Ist es beabsichtigt oder gibt es Überlegungen, den 24. Dezember 2017 in Adliswil zu einem verkaufsoffenen Sonntag zu machen?

Die Beschäftigung von Personal in Verkaufsgeschäften darf per Arbeitsgesetz an höchstens vier Sonntagen im Jahr bewilligt werden, wobei hohe Feiertage wie Karfreitag, Ostersonntag, Pfingstsonntag, eidg. Bettag und der Weihnachtstag, also der 25.12., davon ausgenommen sind. Die Sonntagsverkäufe sind jeweils dem AWA (Amt für Wirtschaft und Arbeit) des Kantons Zürich zu melden. Die für das Jahr 2017 bewilligten Sonntagsverkäufe sind auf der Internetseite des AWA ersichtlich.

Die Daten für Sonntagsverkäufe in Adliswil werden jeweils in Absprache mit dem HGVA und aufgrund von konkreten Anfragen aus dem Detailhandel festgelegt. Bezüglich des 24. Dezember liegt eine konkrete Anfrage für einen Sonntagsverkauf vor. Wie viele andere Gemeinden hat darum die Stadt Adliswil dieses Datum als Sonntagsverkauf bewilligt und dem AWA gemeldet. Weder die verwaltungs- polizeiliche Abteilung des Ressorts Sicherheit und Gesundheit noch ich masse mir an, zu beurteilen, ob ein Sonntagsverkauf an einem 24. Dezember Umsatz bringt oder nicht. Dies ist nicht Sache der Politik! Das wissen die Unternehmer besser und tragen das unternehmerische Risiko wie auch die soziale Verantwortung ihren Angestellten gegenüber. Diese Abwägung zwischen Versorgung der Bevölkerung und einem zusätzlichen Freitag für das Verkaufspersonal muss jeder Betrieb selber beantworten. Sicher ist, dass Adliswil in den letzten Jahren stark gewachsen ist und sich die Bedürfnisse der Menschen ändern.

- Welche verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage sind für das Jahr 2017 vorgesehen?

Für Adliswil sind bis jetzt folgende verkaufsoffene Sonn- und Feiertage gewährt worden:

- 3. Dezember 2017 (Weihnachtsmarkt)
- 17. Dezember 2017
- 24. Dezember 2017

Ein vierter möglicher offener Verkaufssonntag ist bisher nicht gewünscht und deshalb bisher auch nicht beim AWA eingereicht worden.

Ratspräsident Heinz Melliger

An dieser Stelle eine Präzisierung. Gemäss Art. 66 GeschO GGR dauert die ordentliche Fragestunde dreissig Minuten. Diese haben wir mittlerweile erreicht. Zwei schriftliche Fragen sind noch pendent. Ich schlage vor, aufgrund der wenigen Traktanden, die zwei Fragen noch zu behandeln.

Marianne Oswald (Grüne) zum Thema „Bikeparcours Kopfholz“

Seit einigen Jahren gibt es im Kopfholz einen Bikeparcours, das ist ein Weg mit Hindernissen aus Holz. Wie oft er benutzt wird, weiss ich nicht. Er befindet sich zurzeit in einem sehr schlechten Zustand. Die Hindernisse sind morsch, der Parcours ist nicht mehr nutzbar.

- Was hat die Stadt für Pläne mit dem Bikeparcours im Kopfholz?

- Wird er in nächster Zeit repariert/unterhalten?

Antwort von Stadträtin Susy Senn

- Was hat die Stadt für Pläne mit dem Bikeparcours im Kopfholz?

Die Situation um den Bikeparcours ist bekannt. Im letzten Sommer sind mehrfach mutwillig Holzbauten im Parcours zerstört, d.h. das Holz ist entwendet worden, so haben Teile des Parcours immer wieder gesperrt werden mussten. Es ist dann schon ersichtlich gewesen, dass im Frühling 2017 Erneuerungen gemacht werden müssten. Dazu ist es im Winter 2016/2017 zu einer enormen Verwitterung gekommen, was seitens der Abteilung Forst bestätigt worden ist. So sind auch noch intakte Anlageteile vom Sommer 2016 nicht mehr befahrbar. Eine Schliessung von der Anlage ist jedoch nicht geplant. Der Bikeparcours soll im Rahmen der finanziellen und personellen Ressourcen weiterhin instandgehalten werden.

- Wird der Bikeparcours in der nächsten Zeit repariert oder unterhalten?

In Absprache mit den Abteilungen Forst und Unterhalt, Tiefbau sollen die von Dir fotografisch dokumentierten defekten Anlageteile bis Ostern abgebaut und entfernt werden. Danach soll der Parcours mit neuen Elementen ausgestattet werden. Diese Arbeiten sollen, je nach Wetterverhältnissen, bis ca. Ende Mai 2017 erfolgen.

Hanspeter Clesle (EVP) zum Thema „Schulleiterinnen und Schulleiter“

Die Anforderungen und das Arbeitsvolumen der Schulleiterinnen und –leiter haben seit der Einführung dieser Funktion stetig zugenommen. Teilweise führt dies zu einer Überbelastung. Es ist bekannt, dass es bei den Leitungen teilweise sogenannte Co-Leitungen gibt (Werd/Dietlimoos und Sonnenberg/Wilacker).

- Es stellt sich die Frage, ab wann und in welcher Form die Schulleiterinnen und –leiter entlastet werden

Antwort von Stadtrat Raphael Egli

Die Funktion der Schulleiterinnen und –leiter wurde im Jahr 2005 eingeführt. Die Schulleiterpensen werden durch den Kanton alle drei Jahre festgelegt. Basis sind die in den Gemeinden bewilligten Lehrerstellen. Auf das Schuljahr 2015/16 wurde die Lehrpersonenverordnung angepasst. Diese Änderung hat dazu geführt, dass die Vollzeiteinheiten der Schulleiter im Kanton Zürich um durchschnittlich 20% erhöht wurden. Die neue Pensenbemessung führt, durch die Einführung eines Sockelpensums, zur Entlastung insbesondere in den kleineren Schulgemeinden. In Adliswil hat diese Änderung zur Erhöhung der Vollzeiteinheiten der Schulleiter von rund 15% geführt. Auf das Schuljahr 2018/19 werden die Schulleiterpensen wieder neu berechnet. Dann kann damit gerechnet werden, dass die Pensen, aufgrund der gestiegenen Klassenzahlen in Adliswil, erhöht werden. Im Zusammenhang mit der Einführung der Schule+ und den zusätzlichen Aufgaben der Leitungen im Bereich der Betreuung, werden die Schulleiterpensen um den Anteil der Betreuungsleitung erhöht. Durch die grösseren Gesamtpensen wird eine bessere Verteilung der Belastungsspitze möglich sein. Das Schulsekretariat erbringt für die Schulleiter zentral eine Entlastung, eine administrative Dienstleistung. Eine administrative Entlastung vor Ort, in Form einer sogenannten Störsekretärin, ist immer wieder ein Thema und wird auch bei den Schulleitern sehr begrüsst. Dazu müssten aber die

Stellenprozente im Schulsekretariat erhöht werden. Aufgrund von finanziellen Überlegungen wurde bislang jedoch darauf verzichtet.

3. Ersatzwahl eines Mitgliedes in die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2014 – 2018

Ratspräsident Heinz Melliger

Fredi Morf (SVP) hat per 30. Mai 2017 seinen Rücktritt aus der RGPK eingereicht. Die nachfolgende Wahl in die RGPK gilt somit auch erst ab dem 1. Juni 2017.

Heidi Jucker, Präsidentin IFK

Die IFK schlägt als Ersatz, für den aus der RGPK zurücktretende Fredi Morf, Hedwig Habersaat (SVP) vor.

Ratspräsident Heinz Melliger

Der Vorschlag wird nicht vermehrt. Somit erkläre ich die Vorgeschlagene, Hedwig Habersaat, als Mitglied der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2014 – 2018, ab dem 1. Juni 2017, als gewählt. Ich gratuliere Hedwig Habersaat herzlich zur Wahl.

4. Wilacker, Projektgenehmigung und Realisierungskredit (SRB 2016-339)

Antrag des Stadtrates und gleichlautender Antrag der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

Eintretensdebatte

Walter Uebersax (CVP), Referent der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

Wie an der Ratssitzung vom 8. März 2017 angekündigt, stimmen wir an unserer heutigen Ratssitzung über ein weiteres Schulhausprojekt ab. Es geht um eine Projektgenehmigung und den damit verbundenen Realisierungskredit in der Höhe von CHF 8,5 Mio.. Wie bereits in meinem letzten Votum aufgezeigt, ist diese Etappe die dritte und letzte im Kontext der Schulhauserweiterungen.

Geplant ist ein dreistöckiges modulares Gebäude mit sechs Klasseneinheiten, inkl. der nötigen Nebenräume. Nach dem Bezug des Schulhauses Dietlimoos werden die dort eingesetzten modularen Schulgebäude (Züri-Modular) zum Wilacker umplatziert und bieten anschliessend Platz für zwei weitere Klasseneinheiten und Tagestruckturen. Das Ganze soll in zwei Etappen und ohne den Schulbetrieb wesentlich zu beeinträchtigen vollzogen werden.

Die erste Etappe im Wilacker wird unter anderem auch das Um- und Neubau-Projekt Sonnenberg räumlich entlasten, sowie die Sanierung des Kindergartens Wanneten unterstützen. Die zweite Etappe vollendet anschliessend den Wilacker

mit dem Umzug des Pavillons aus dem Dietlimoos. Nach eingehendem Studium der zur Verfügung gestellten Unterlagen hat die RGPK in mehreren Runden detailliertere Fragen an den Stadtrat eingereicht. Die erhaltenen Antworten waren überzeugend und fundiert. Den folgenden Fragen hat sich die RGPK im Weiteren vertieft angenommen:

Die Schülerprognose geht vom Szenario „Mittel“ aus. Das würde für den Sonnenberg und den Wilacker bedeuten, dass man nur unwesentlich unter dem Schwellwert zum Szenario „Hoch“ kalkuliert. Eine Ausgangslage, welche die Frage nach einer zusätzlichen Turnhalle, aber auch nach zusätzlichen Räumlichkeiten aufwirft. Im Wilacker wurde so geplant, dass der Pavillon „Züri-Modular“ noch aufgestockt werden könnte. Weiter wurden die Perimeter so gewählt, dass eine Erweiterung durch eine Turnhalle oder gar Schulhaus möglich wäre. Bei der Frage der Turnhalle ist sich der Stadtrat bewusst, dass evtl. Engpässe mittelfristig organisatorisch gelöst werden. Da es sich bei beiden Bauten um sogenannte Modulare Bauten handelt, ist die Frage nach Unterhalt und Lebensdauer aus der Sicht der RGPK nicht unwesentlich. Beide Gebäude weisen jedoch eine hohe Lebensdauer auf. Der Neubau liegt bei 50 Jahren und „Zürich-Modular“, welcher noch in einem sehr guten Zustand ist, liegt bei 30 Jahren bei einem etwas höheren Unterhalt. Auch bei diesem Projekt wurden der Raumbedarf und die Schule+ thematisiert. Gemäss Stadtrat erzeugt auch bei diesem Projekt die Schule+ keinen zusätzlichen Raumbedarf. Da im Winter nur mit höheren Kosten als geplant ein Fundament erstellt werden kann, gelangte der Stadtrat mit der Frage an die RGPK, den Terminplan straffen zu können, so dass der allfällige Baubeginn bereits vor dem Winter in Angriff genommen werden kann. Die RGPK begrüsst solche weitsichtigen Überlegungen sehr, zeugen sie doch vom haushälterischen Umgang mit den Finanzen. In Absprache mit dem Prüfersteam und unter der Auflage, dass alle Fragen speditiv und zeitnah beantwortet werden, stimmte die RGPK dem Antrag zu. Das auch im Sinne der Vermeidung von unnötigen, zusätzlichen Kosten.

Kommen wir zur Würdigung der Kostenaufstellung.

In der Etappe 1, also dem Neubau des modularen Teils, rechnet der Stadtrat mit CHF 5,935 Mio.. In diesem Betrag ist die Fundaments-Erschliessung für beide Etappen bereits enthalten. Um das Fundament zu erstellen, braucht es eine Pfählung und der Aushub muss in der Folge abgeführt werden. Diese Etappe soll gemäss Planung und vorbehaltlich der Urnenabstimmung im 3./4. Quartal starten. Der geplante Umzug des Pavillons vom Dietlimoos, inkl. aller nötigen Arbeiten und Anpassungen werden mit CHF 2,565 Mio. veranschlagt.

Bei der Möblierung ist der Stadtrat bereits von einer geplanten Neuausschreibung ausgegangen und hat den erwarteten Rabatt von rund 15% bereits berücksichtigt. Die erwarteten Abschreibungen von CHF 214'000 sind bereits nach dem neuen harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) berechnet. Dazu kommen noch die betrieblichen Folgekosten in der Höhe von CHF 277'000 und die Zinsbelastungen über CHF 53'000, so dass mit einer jährlich wiederkehrenden Belastung von CHF 544'000 gerechnet werden muss.

Zusammenfassung

Das Projekt macht für die RGPK einen guten, weitsichtigen und durchdachten Eindruck. Landreserven werden geschont und Vorhandenes wird wiederverwendet. Das Kreditbegehren ist zwar hoch, liegt aber im üblichen Rahmen. Wie beim Pro-

jekt Sonnenberg, ist der Stadtrat motiviert, dem Rat zur „Halbzeit“ einen Zwischenbericht zu erstatten.

Die RGPK empfiehlt dem Grossen Gemeinderat einstimmig den Anträgen des Stadtrates zu folgen und dem Geschäft zuzustimmen.

Daniela Morf (SVP)

Das Projekt Wilacker zeigt, dass die Schule auf gutem Weg ist und mit Bedacht die nötigen Erneuerungen, Um- und Neubauten angeht. Das Kreditbegehren ist hoch, doch können unter anderem auch durch das angestrebte modulare Bauen die Kosten in Grenzen gehalten werden. Die SVP geht davon aus, dass der eingeschlagene Weg der Schule weiterverfolgt wird.

Die SVP stimmt dem Projekt daher einstimmig zu und hofft, dass auch das Stimmvolk dazu ja sagt und die Termine somit eingehalten werden können.

Carmen Marty Fässler (SP)

Für uns als SP Adliswil ist klar, dass die Schule den aktuellen und zukünftigen Anforderungen gerecht werden muss und deshalb auch räumliche Anpassungen erforderlich geworden sind. Auf dem Grundstück „Wilacker“ soll als Ersatz zum aktuellen Schulraumbestand ein flexibles und modulares Schulgebäude erstellt werden, über diesen SR-Antrag stimmen wir an der heutigen GGR-Sitzung ab. Wir befürworten, dass die Schule Adliswil Ressourcen nutzt und den Züri-Modular-Pavillon vom Dietlimoos ab Ende 2020 (nach Bezug des Neubaus des Schulhauses Dietlimoos) im Wilacker aufstellen will. Dieser soll danach für Tagesstrukturen, Klassen- oder Fachzimmer genutzt werden können. Vom terminlichen Fahrplan her hoffen wir sehr, dass keine grossen Verzögerungen vorkommen werden, damit dann alle Etappen gemäss Projektzielen durchgeführt werden können. Die Planung und Realisierung des Schulhauses ist an einen straffen Terminplan gebunden.

Hoffentlich hat die Schule bereits zum jetzigen Zeitpunkt viele Überlegungen für die Zukunft gemacht (wie sich beispielsweise dann eine Schuleinheit Richtung Tagesschule bewegen kann oder zumindest wie die Schule+ konkret in Adliswil umgesetzt werden kann). Wir haben uns auch noch Gedanken dazu gemacht, wie die Schülerzahlprognosen aussehen. Die Schule geht von einem Szenario „Mittel“ aus – hoffentlich werden die Zahlen möglichst mit diesem Szenario übereinstimmen. Gut finden wir aber, dass zumindest ein Gebäude noch aufgestockt werden könnte, falls wider Erwarten doch mehr Schülerinnen und Schüler die Schuleinheit Sonnenberg/Wilacker besuchen würden. Wir werden dem Projekt Neubau Schulhaus Wilacker mit einem Gesamtkreditantrag von 8,5 Mio. Franken zustimmen.

Thomas Fässler (CVP)

Ich möchte die Zustimmung der CVP bekannt geben. Wir finden insbesondere die Übernahme der Module vom Dietlimoos gut und wie bereits erwähnt, dass die Möglichkeit besteht, falls nötig die Module aufzustocken.

Markus Bürgi (FDP)

Zuallererst möchte ich dem Referenten der RGPK vielmals für die Erläuterungen zu den Details des Geschäfts danken. Auch wir seitens der FDP-EVP-Fraktion sehen das Projekt bzw. Geschäft als solide und durchdacht.

Wenn man sich einmal einen Blick auf das bzw. einen Sonntagsspaziergang zum heutigen Schulhaus Wilacker gegönnt hat, ist wohl sofort klar, dass hier Hand angelegt werden muss – ganz unabhängig von der Entwicklung der Schülerzahlen. Gerade in Bezug auf Letzteres haben wir ausserdem sehr positiv davon Kenntnis genommen, dass der Stadtrat im Wilacker nicht Schulraum auf Vorrat baut, sondern zurückhaltend und bedacht vorgeht. Gerade im Zusammenspiel mit dem Einsatz von Modulbauten ergibt sich daraus nicht einmal ein signifikant erhöhtes Risiko. Denn diese können bekanntlich bei Bedarf relativ kostengünstig erweitert werden – was auch beim geplanten Schulhaus Wilacker durch die Möglichkeit zur Aufstockung eines der Gebäude gegeben ist. Auch der Devise, dass die Umsetzung des Konzepts „Schule+“ keinen erhöhten Raumbedarf sowie keine Zusatzkosten verursachen darf, wird Folge geleistet.

Dieser Entscheid für Modulbauten ist ausserdem auch grundsätzlich sehr positiv hervorzuheben. Nebst der gerade genannten Möglichkeit zur Erweiterung bieten diese Gebäude sogar geographische Flexibilität. So werden wir beispielsweise das bestehende „Modulschulhaus“ aus dem Dietlimoos weinternutzen, was uns grob geschätzt wohl etwa zwei Millionen Franken an Kosten ersparen wird. Und solche Gebäudeverschiebungen werden auch künftig möglich sein, sollte sich der Schulraumbedarf innerhalb unserer Stadt in den nächsten Jahrzehnten verlagern. Und wenn er insgesamt zurückgehen sollte, bietet uns diese Bauweise gar die Möglichkeit zum Verkauf der einzelnen Gebäude – denn für Modulbauten besteht ein liquider Markt. All dies ist mit in Beton gegossenen Bauwerken nicht möglich – insgesamt also hat der Stadtrat einen besonnenen und weitsichtigen Entscheid getroffen. Denn wir brauchen in unserer Stadt keine steuerfinanzierten Architekturdenkmäler, sondern funktionale und flexible Lösungen, die ihren Zweck zu einem gesunden Preis-Leistungs-Verhältnis erfüllen.

Apropos Preis-Leistungs-Verhältnis: Das Projekt umfasst auch die Installation von Solarzellen zur Stromproduktion auf den Dächern der Gebäude. Insgesamt wird uns das 135'000 Franken kosten und die Anlage wird sich gemäss den Aussagen des Stadtrats offenbar innerhalb ihrer Lebensdauer vollständig amortisieren – netto sollte sich die Investition also lohnen. Darin nicht berücksichtigt sind allerdings eine Einmalsubvention von 25'000 Franken für die Installation sowie die Subventionen auf den Strompreis, welchen wir für die Einspeisung des produzierten Stroms in das Netz erhalten werden. Ich hoffe, Ihnen ist allen bewusst, dass das dafür seitens Kanton oder Bund benötigte Geld nicht auf den Bäumen wächst, sondern letztlich via die sogenannte "Kostendeckende Einspeisevergütung" von den Stromkunden und somit ebenso vom Steuerzahler bezahlt werden muss. Berücksichtigt man diese Subventionen ebenfalls, wird sich die Anlage wohl nur knapp bzw. nicht ganz amortisieren. So oder so – erlauben Sie mir die Bemerkung – ist es schon immer etwas absurd, wenn in einer untergeordneten Verwaltungsebene Ressourcen dafür aufgewendet werden, bei einer übergeordneten Verwaltungsebene Beiträge und Subventionen abzuholen. Wir fordern den Stadtrat daher auf, bei künftigen Projekten dieser Art von Anfang an Transparenz zu schaffen, in dem über die – um allfällige Subventionen bereinigte – Rentabilität dem Rat Aus-

kunft gegeben wird sowie ein verstärktes Augenmerk auf die betriebswirtschaftlichen Aspekte solcher Investitionen zu legen.

Insgesamt beurteilt die FDP-EVP-Fraktion das Projekt aber wie gesagt als sehr gelungen und möchte allen an der Ausarbeitung beteiligten Personen ihren besten Dank aussprechen. Unsere Fraktion wird dem Geschäft entsprechend zustimmen und dem Antrag der RGPK folgen.

Stadtrat Raphael Egli

Heute dürfen Sie liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zum dritten Mal in Folge über einen Kredit für einen neuen Schulraum abstimmen. Spannend daran ist, dass es sich um eine weitere Variation für Bauten von Schulraum handelt. Nach der Kreditbewilligung zum Schulhaus Dietlimoos, welches durch ein Wettbewerbsverfahren entschieden wurde, der Zusage zum Projektierungskredit im Schulhaus Sonnenberg, welches gemeinsam mit der Abteilung Liegenschaften im Planerwahlverfahren durchgeführt wird, steht nun eine modulare Bauweise zur Genehmigung an.

Die Notwendigkeiten der Erweiterung von Schulräumen habe ich bereits an der letzten Sitzung erwähnt und werde dies daher nicht mehr wiederholen. Die Wahl im Wilacker auf modulare Bauten zu setzen hat diverse Vorteile. Zum einen haben uns die Flexibilität der Räumlichkeiten, die schnelle Erstellung und die relativ einfachen Erweiterungs- oder Rückbaumöglichkeiten dazu bewogen. Zum anderen sind es die guten Erfahrungen mit dem Züri-Modular im Provisorium 2 Dietlimoos. Neben dem grossen Potenzial dieser Bauweise sind es auch die Kostenvorteile, welche für diese Lösung sprechen. Gegenüber konventionellen Bauweisen sind Modularlösungen ein Viertel bis ein Drittel günstiger. Zusammen mit dem Hauptschulgebäude Sonnenberg im Schulgebiet Sonnenberg/Wilacker und dem Schulhaus Zopf ist die Schule Adliswil, mit dem Schulraum links der Sihl, so wieder gut aufgestellt. Der Entwicklung der zunehmenden Betreuungsanfragen kann und wird hier ebenfalls Rechnung getragen, so dass eine Betreuung vor Ort im Wilacker auch mit Schule+ möglich ist. Mit der Übernahme und Weiterverwendung der Züri-Modular-Gebäude aus dem Dietlimoos für die 2.Phase konnten wir hier eine sehr gute Lösung finden, welche einerseits zukunftsorientiert ist und eine optimale Förderung bietet. Andererseits lässt sich diese Lösung preiswert umsetzen und bietet Adliswil einen Investitionsschutz für bereits erstellte provisorische Bauten.

Lassen Sie mich abschliessend einen Dank an die Prüfer der RGPK und SAKO sowie dem gesamten Grossen Gemeinderat aussprechen. Mit der Ankündigung der angepassten Strategie für die wachstumsbedingten Erweiterungen in der Schuleinheit Sonnenberg und Wilacker sind die Bauprojekte zügig vorangetrieben worden. Dieses Vorgehen hat aber auch zu einer deutlichen Mehrbelastung in den vorberatenden Kommissionen geführt. Die Arbeitsergebnisse der Verwaltung und die Anträge des Stadtrates wurden jedoch speditiv und professionell geprüft und beurteilt. Dank ihrem Einsatz und ihrer Flexibilität war es möglich, dass wichtige Vorlagen zeitnah im Grossen Gemeinderat beraten wurden und hoffentlich bald an der Urne durch die Bevölkerung entschieden werden können.

Detailberatung

Ratspräsident Heinz Melliger

Ziffer 1: Dem Bruttokredit von CHF 8'500'000 (inkl. MwSt.) für das Projekt Neubau Schulhaus Wilacker wird, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Urnenabstimmung, zugestimmt.

Diese Dispositiv-Ziffer untersteht der Ausgabenbremse. Ich werde das Ausgabenquorum mit der Schlussabstimmung abfragen.

Keine Wortmeldungen; genehmigt.

Ziffer 2: Der Kredit für das Projekt Neubau Schulhaus Wilacker erhöht oder verringert sich entsprechend der Bauteuerung oder Bauverbilligung zwischen der Erstellung der Kostenschätzung (Preisstand April 2016) und der Inbetriebnahme.

Keine Wortmeldungen; genehmigt.

Ziffer 3: Dieser Beschluss untersteht dem obligatorischen Referendum

Keine Wortmeldungen; genehmigt.

Ziffer 4: Der Beleuchtende Bericht für die Urnenabstimmung wird vom Stadtrat verfasst. Bei Minderheitsanträgen wird ebendieser vom Büro des Grossen Gemeinderates verfasst.

Keine Wortmeldungen; genehmigt.

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

Schlussabstimmung

Mit dieser Abstimmung stellen wir gleichzeitig fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 36 Mitgliedern. Für die Annahme dieses Antrags braucht es also mindestens 19 Stimmen. Kommen weniger als 19 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Der Rat stimmt dem Bruttokredit von CHF 8'500'000 (inkl. MwSt.) für das Projekt Neubau Schulhaus Wilacker, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Urnenabstimmung, mit 34 Stimmen zu 0 Stimmen einstimmig zu.

Das Geschäft ist erledigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr

Vanessa Ziegler, Ratsschreiberin